



Bergbauprojekt Yanacocha, Cajamarca, Peru (Foto: Golda Fuentes, CC BY 2.0)

Der Bergbau boomt in Lateinamerika. Unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung fördern die Regierungen den Rohstoffabbau und -export massiv. Die sozialen und ökologischen Folgen sind gravierend – und sorgen in Lateinamerika für kritische Debatten über die Rolle des Bergbaus. Auch in der Europäischen Union (EU), dem größten Rohstoffimporteureur der Welt, steht die Rohstoffpolitik vermehrt im Fokus der Kritik.

Bergbau in Lateinamerika

Seit der Kolonialzeit liefert Lateinamerika Rohstoffe für die globale Ökonomie. Trotz ehrgeiziger Industrialisierungsversuche im 20. Jahrhundert hängen die Ökonomien der meisten lateinamerikanischen Länder auch heute noch maßgeblich von natürlichen Ressourcen ab. Unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Ausrichtung setzen die Regierungen zwischen Mexiko und Feuerland auf eine extraktivistische Entwicklungsstrategie, die auf der größtmöglichen Ausbeutung von Rohstoffen sowie Agrarland beruht und einseitig auf Export ausgerichtet ist. Die Bedeutung des Bergbaus hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten sogar wieder zugenommen. In traditionellen Bergbauländern wie Chile, Peru oder Bolivien spielt der Sektor für das Bruttoinlandsprodukt und die Exporte eine

gewichtige Rolle, auch wenn er nur für vergleichsweise wenige Arbeitsplätze sorgt. Und auch in Ländern ohne Bergbautradition – wie Argentinien – wird der Sektor zunehmend gefördert. Lateinamerikas Anteil an der weltweiten Produktion von Mineralien hat sich z.B. bei Gold fast verdoppelt. (siehe Grafik 1).

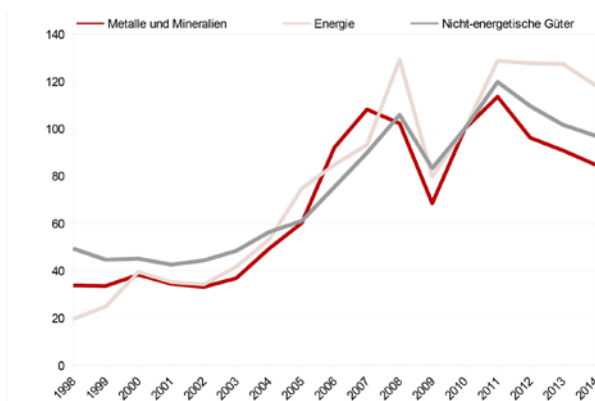
Bis zu Beginn der weltweiten Finanzkrise stiegen die Rohstoffpreise rasant an (siehe Grafik 2). Zwischen 2003 und 2007 vervierfachte sich der Kupferpreis, der Wert von Gold und Silber erhöhte sich um 350 Prozent. Zwischen 1990 und 2010 wuchs der Anteil Lateinamerikas an der weltweiten Goldproduktion von 10,3 auf 19,2 Prozent. Bei Kupfer stieg der Produktionsanteil von 24,9 auf 45,4 Prozent.

Mineral	1990	1995	2000	2005	2010	Die größten 3 Produzenten der Region
Bauxit	22,9	26,7	26,0	27,5	19,0	Brasilien, Jamaika und Surinam
Aluminium Primär	9,2	10,4	8,9	7,5	5,7	Brasilien, Argentinien und Venezuela
Zink	16,8	20,6	19,0	21,0	21,7	Mexiko, Bolivien und Brasilien
Zink veredelt	7,5	8,5	7,3	7,9	7,0	Mexiko, Brasilien und Peru
Kupfer	24,9	32,3	43,0	46,5	45,3	Chile, Peru und Mexiko
Kupfer veredelt	15,7	23,2	25,1	23,7	21,9	Chile, Peru und Mexiko
Gold	10,3	12,5	14,4	18,1	19,2	Peru, Brasilien und Mexiko
Silber	34,2	38,3	26,4	26,3	30,8	Peru, Mexiko und Bolivien
Zinn	28,3	27,8	26,0	21,2	19,5	Bolivien, Peru und Brasilien
Zinn veredelt	23,1	15,8	14,9	18,0	16,6	Peru, Bolivien und Brasilien
Eisen	22,6	24,9	26,1	26,0	23,1	Brasilien, Venezuela und Mexiko
Molybdän	15,8	18,2	35,2	37,3	31,8	Chile, Peru und Mexiko
Nickel	11,5	11,7	14,1	15,1	12,9	Kuba, Brasilien und Kolumbien
Nickel veredelt	9,7	10,1	10,7	13,4	11,6	Kolumbien, Kuba und Brasilien
Blei	13,3	15,5	14,7	14,6	14,5	Peru, Mexiko und Bolivien
Blei veredelt	7,8	7,6	8,4	7,2	7,4	Mexiko, Brasilien und Argentinien

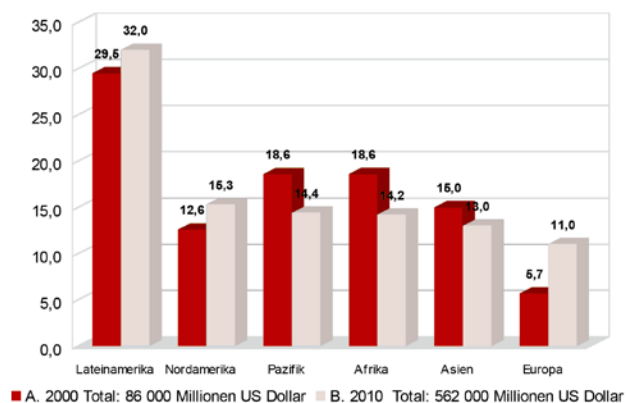
Grafik 1: Lateinamerika und Karibik: Anteil am weltweiten Bergbau, 1990–2010 in Prozent. (Quelle: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL), J. Acquatella, J. Larde „Panorama regional del sector minero en América Latina y el Caribe“, Santiago de Chile, en prensa, 2012, auf der Basis von: Oficina Mundial de Estadísticas del Metal, Base de datos Gold Fields Mineral Services y Conferencia de las Naciones Unidas sobre Comercio y Desarrollo (UNCTAD). * Daten von 2009.)

Aufgrund seiner reichen, für die Weltwirtschaft bedeutsamen Rostoffvorkommen, steht Lateinamerika im Fokus globaler rohstoffpolitischer Interessen: In keiner Weltregion investieren Unternehmen mehr in die Exploration und Umsetzung neuer Bergbauprojekte (siehe Grafik 3). Unter den zehn wichtigsten Investitionszielen für Bergbau befinden sich vier lateinamerikanische

Länder, die insgesamt 39 Prozent ausmachen. Mit 80 Prozent stammt der Großteil dieser Unternehmen aus Kanada. Daneben sind Konzerne aus Südafrika, Japan, Australien, den USA und zunehmend auch aus China präsent. Neben den reichen Rohstoffvorkommen werden sie auch durch niedrigere Steuern und meist laxer Umweltauflagen angezogen.



Grafik 2: Entwicklung der internationalen Rohstoffpreise, 2010=100, nominal US\$ (Quelle: Daten der Weltbank: Global Economic Monitor (GEM) Commodities Last Updated: 07/31/2014)



Grafik 3: Welt: Investitionen in den Bergbau nach Regionen, 2000 und 2010, Anteil in Prozent (Quelle: Comisión Económica para América Latina y el Caribe – CEPAL. „La Unión Europea, América Latina y el Caribe: Inversiones para el crecimiento, la inclusión social y la sostenibilidad ambiental.“ 2013, auf der Basis von: CEPAL, información de la encuesta realizada por Engineering and Mining Journal.)

Lateinamerikanische Bergbaupolitik

In den 1990er Jahren verabschiedeten die meisten lateinamerikanischen Länder Bergbaugesetze, die darauf zielten, möglichst viele private Investitionen anzuziehen. Länder wie Kolumbien und Mexiko halten bis heute an einer schwach regulierten, neoliberalen Rohstoffpolitik fest. Die (Mitte-)Linksregierungen, die in den meisten Ländern Lateinamerikas seit Ende der 1990er Jahre an die Macht kamen, haben hingegen neue Akzente gesetzt. In Abgrenzung zum deregulierten Extraktivismus konnten einige Länder die staatlichen Einnahmen steigern und investierten in Sozial-, Bildungs- oder Gesundheitsprogramme. Vor allem die Regierungen in Bolivien und Ecuador stärkten die Rolle des Staates in der Rohstoffförderung. Auch ökologisch vertraten die

beiden Regierungen anfangs fortschrittliche Positionen. Als gesellschaftliches Ziel in ihre neuen Verfassungen nahmen sowohl Ecuador als auch Bolivien das „Gute Leben“ (buen vivir) auf, das auf indigenen Wertvorstellungen basiert und dem westlichen Entwicklungsbegriff kritisch begegnet. Ecuador schrieb zudem Rechte der Natur in die Verfassung. Jenseits öko-sozialistischer Diskurse hat sich an der Fixierung auf Rohstoffexporte in Lateinamerika jedoch wenig geändert. Vereinzelt erlitt die Bergbaulobby aber auch Rückschläge. Im Oktober 2010 verabschiedete der argentinische Kongress beispielsweise ein Gesetz zum Schutz der Gletscher, das die Ausbeutung von Rohstoffen in festgelegten Gebieten untersagt.

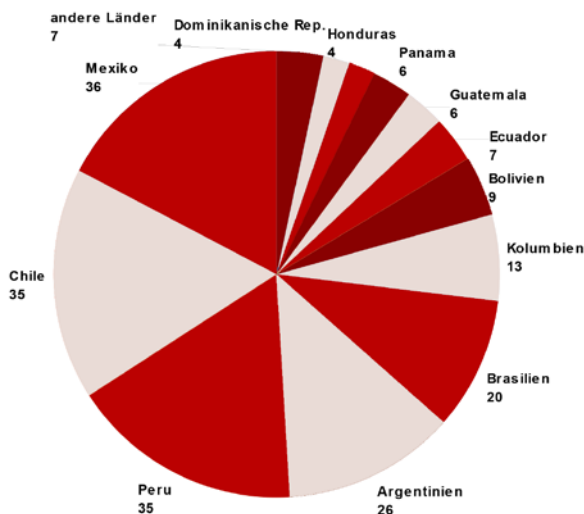
Auswirkungen des Bergbaus

In allen lateinamerikanischen Ländern, in denen Bergbau betrieben wird, sind die Auswirkungen auf die Ökosysteme und die Gesundheit der Menschen in angrenzenden Gemeinden gravierend. Problematisch sind beispielsweise der hohe Wasserverbrauch und die Gefährdung der Wasserqualität. Unternehmen leiten Flüsse um und zerstören Gletscher. Über den Umgang mit Altlasten aus dem Bergbau gibt es in der Region keine verbindlichen Standards, in vielen Ländern werden diese nicht einmal statistisch erfasst oder einheitlich definiert.

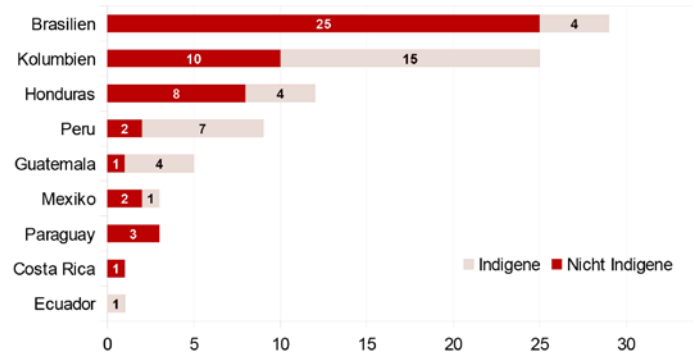
Hinzu kommt, dass Bergbau enorm energieintensiv ist. Weltweit verbraucht der Sektor zwischen acht und zwölf Prozent der gesamten Primärenergie. Das spanische Forschungsinstitut CIRCE prognostizierte unlängst einen Anstieg auf 15 bis 20 Prozent bis zum Jahre 2035. Die dafür notwendige Stromerzeugung selbst ruft wieder-

rum Umwelt- und Landkonflikte hervor, etwa beim Bau von Megastaudämmen.

Mit dem Bergbau-Boom hat auch die Anzahl der Konflikte zwischen Rohstoffunternehmen und lokalen Bevölkerungsgruppen zugenommen. Die Beobachtungsstelle für Bergbaukonflikte in Lateinamerika (OCMAL) zählt insgesamt 208 Konflikte, die meisten davon in Mexiko, Peru und Chile (siehe Grafik 4). Die vom Bergbau betroffenen Gemeinden misstrauen sowohl transnationalen Konzernen als auch ihren Regierungen. Anwohner_innen, Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Indigene wehren sich gegen neue Bergbaukonzessionen, Schürfrechte, Öl- und Gasexploration. Sie fürchten den Verlust ihres traditionellen Zugangs zu Land und Wäldern, die Zerstörung der biologischen Vielfalt, die Verschmutzung von Ökosys-



Grafik 4: Bergbaukonflikte in Lateinamerika 2015 (Quelle: Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina – OCMAL. „Mapa de Conflictos Mineros en América Latina“)



Grafik 5: 116 Umweltschützer_innen wurden 2014 in 17 Ländern getötet (Quelle: Global Witness. „¿Cuántos Más? – El medio ambiente mortal de 2014: Intimidación y asesinato de activistas ambientales y de la tierra“, 2015)

temen und Wasservorkommen sowie die damit einhergehenden Gesundheitsgefahren.

Gegner_innen des Extraktivismus müssen in vielen Ländern um ihr Leben fürchten. Laut einer Studie der internationalen Nichtregierungsorganisation Global Witness wurden im Jahr 2014 weltweit mindestens 116 Umweltschützer_innen ermordet. Die gefährlichste Region ist demnach Lateinamerika, wo alleine drei Viertel der

Morde begangen wurden (siehe Grafik 5). In den noch immer neoliberal regierten Ländern wie Mexiko oder Kolumbien begegnet der Staat lokalen Protesten mit offener Repression. Auch in linksregierten Ländern, die den Extraktivismus fördern, um die Staatseinnahmen zu erhöhen, sorgen der Umgang mit Konflikten und die Frage nach der Nachhaltigkeit des Rohstoffmodells für hitzige Debatten und teils gewalttätige Auseinandersetzungen.

Debatte über Rohstoffpolitik

Kritische Intellektuelle und Aktivist_innen in Lateinamerika bezeichnen die Rohstoffpolitik der (Mitte-) Linksregierungen als „Neo-Extraktivismus“. Durch die gerechtere Verteilung der Einnahmen werde der Rohstoffabbau stärker legitimiert, Kritik an den negativen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen des extraktiven Modells jedoch politisch marginalisiert und kriminalisiert. Die Kritiker_innen fordern, den Abbau von Rohstoffen deutlich einzuschränken und Übergänge zu einem weniger rohstoffbasierten, „postextraktivistischen“ Entwicklungsmodell einzuleiten.

Um eine gerechtere Rohstoffpolitik auf globaler Ebene zu erreichen, müssten auch die nördlichen Länder aktiv werden, die neben China den höchsten Rohstoffverbrauch haben. Um die von Unternehmen und Regierungen verursachten Missstände zu vermeiden, sind in den vergangenen Jahren zahlreiche – allerdings zumeist auf Freiwilligkeit basierende – Initiativen entstanden. Erste Ansätze zu verbesserter Transparenz der Zahlungsflüsse von Unternehmen sowie der Produktions- und Lieferketten sind zwar richtige Schritte auf dem Weg zu einer sozial-ökologisch nachhaltigeren

Regulierung des extraktiven Sektors. Doch notwendig sind darüber hinaus gesetzlich verankerte, mit Sanktionsmechanismen verbundene Sorgfaltspflichten für Unternehmen aus dem Rohstoffsektor, Finanzdienstleister und Investor_innen. Im Juli 2015 hat eine intergouvernementale Arbeitsgruppe auf UN-Ebene begonnen, ein verbindliches internationales Instrument zur Regulierung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von transnationalen Unternehmen zu entwickeln. Dieses, durch die Mehrheit der südlichen Länder initiierte Vorhaben (UN-Binding Treaty) wird jedoch weiterhin von den europäischen Mitgliedsstaaten blockiert.

Deutschland und die Europäische Union stellen den ungehinderten Zugang zu Rohstoffen weiterhin über öffentliche Interessen wie Umweltschutz und Menschenrechte in Ländern des globalen Südens. Die Debatte über eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik in Nord und Süd muss jedoch – bei allen unterschiedlichen wie ungleichen Voraussetzungen – ein ökologisches Umsteuern zum Ziel haben. Es gilt, eine Politik zu überwinden, die auf permanentes Wirtschaftswachstum und eine weitere Liberalisierung der Rohstoffmärkte setzt.

Mit einer Reihe von Publikationen widmet sich das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) dem Thema Bergbau. Neben einer Broschüre zum Bergbau-Boom in Lateinamerika und einem Hintergrundpapier zur Regulierung von Unternehmensverantwortung, haben wir in Zusammenarbeit mit der Beobachtungsstelle für Bergbaukonflikte in Lateinamerika (OCMAL) Factsheets und Hintergrundpapiere zu den Andenländern Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru erstellt. Weitere Länderpapiere sind in Planung.

IMPRESSUM



Herausgeber:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
www.fdcl.org

Autor: Tobias Lambert
Layout: STUDIO114.de | Michael Chudoba
Druck: 15 Grad | Zossener Straße 55 | 10961 Berlin

Gedruckt auf 100% Altpapier aus CO₂ neutraler Produktion (Envirotop).



Basierend auf dem Factsheet von Coordinación Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina OCMAL – www.ocmal.org

FDCL-Verlag, Berlin 2015



Diese Arbeit ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0).

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, mit freundlicher Unterstützung der LEZ Berlin, gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union.



2015
Europäisches Jahr
für Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das FDCL e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch der Europäischen Union wieder.